

# LEHRJAHRE DER CSU

SCHRIFTENREIHE  
DER VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE  
NUMMER 48

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte  
Herausgegeben von Karl Dietrich Bracher und Hans-Peter Schwarz  
Redaktion: Wolfgang Benz und Hermann Graml

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT  
STUTT GART

# Lehrjahre der CSU

Eine Nachkriegspartei im Spiegel  
vertraulicher Berichte  
an die amerikanische Militärregierung

Herausgegeben von  
Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller

**DVA (1984)**

**00001**

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT  
STUTT GART

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

**Lehrjahre der CSU** : e. Nachkriegspartei im Spiegel vertraul.  
Berichte an d. amerikan. Militärregierung / hrsg. von  
Klaus-Dietmar Henke u. Hans Woller. –  
Stuttgart : Deutsche Verlags-Anstalt, 1984.  
(Schriftenreihe der Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte ; Nr. 48)  
ISBN 3-421-06191-2  
NE: Henke, Klaus-Dietmar [Hrsg.]; GT

© 1984 Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart  
Umschlagentwurf: Edgar Dambacher  
Satz und Druck: Druckerei Georg Appl, Wemding  
Printed in Germany ISBN 3-421-6191-2

# Inhalt

EINLEITUNG . . . . .	7
Die Christlich-Soziale Union 1945–1949 . . . . .	8
Ochsen-Club und Dienstag-Club . . . . .	21
Die Organisation TURICUM . . . . .	27
Zur Edition . . . . .	32
DOKUMENTE . . . . .	37
Berichte an die amerikanische Militärregierung über die Zusammenkünfte im Ochsen-Club und im Dienstag-Club	
1946 (April–November) Dokument 1–33 . . . . .	37
1947 (Februar–September) Dokument 34–43 . . . . .	111
1948 (Januar) Dokument 44–46 . . . . .	138
ANHANG . . . . .	145
Auf dem Weg zur Demokratie. Gedanken zur bayerischen Selbstbesinnung von Richard Jaeger (Herbst 1945)	
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS . . . . .	187
PERSONENREGISTER . . . . .	188
ORTSREGISTER . . . . .	191



## Einleitung

Oberst Irwin L. Hunt, maßgeblicher Offizier der amerikanischen Militärregierung, beschrieb nach seiner Rückkehr aus Deutschland die Hauptschwäche der Besatzungsverwaltung so: „Die amerikanische Armee begann ihre Aufgaben im besetzten Gebiet nur mit den notdürftigsten Kenntnissen; dies galt für ganz konkrete Situationen und sogar in einem weiteren Sinne, als es z. B. darum ging, eine angemessene und arbeitsfähige Organisation aufzubauen, die in der Lage war, ihre weitreichenden Regierungs- und Verwaltungsbefugnisse umzusetzen“<sup>1</sup>. Oberst Hunt, von 1918 bis 1920 bei der amerikanischen Besatzungsarmee im Rheinland für „Angelegenheiten der Zivilbevölkerung“ zuständig, empfahl in seinem Erfahrungsbericht deshalb, die Militärverwaltung fremder Länder in Zukunft sorgfältig vorzubereiten. Die Planer der zweiten Besetzung Deutschlands, die sich schon bald nach Pearl Harbor den Hunt-Bericht vornahm, beherzigten seinen Rat. Viele hundert amerikanische Offiziere besuchten ab 1942 Militärregierungs-Schulen, sorgsam erarbeitete Handbücher und Hintergrundstudien dienten ihrer Orientierung. Kein Zweifel, die amerikanische Armee hatte aus der Rheinlandbesetzung nach dem Ersten Weltkrieg gelernt.

Indes, keine noch so eingehende Vorbereitung konnte vielen Besatzungsoffizieren, als sie dann 1944/45 nach Deutschland kamen, das Gefühl nehmen, in diesem politisch und gesellschaftlich so unüberschaubaren, dazu noch desorganisierten und teilweise zerstörten Land auf verlorenem Posten zu stehen. In einer der ersten, 1948 von Carl J. Friedrich herausgegebenen Bestandsaufnahmen amerikanischer Besatzungspolitik steht zu lesen: „Manchmal schien die Vielschichtigkeit des europäischen politischen Lebens unbegreifbar zu sein für Leute, die vor kurzem noch city engineers in Kansas oder Missouri gewesen waren“<sup>2</sup>.

In dieser Lage war es für die Besatzungsmacht von großem Wert, wenn sie die Mitarbeit von Deutschen gewinnen konnte, die bereit waren, Interna deutscher Politik an die Militärregierung weiterzugeben. In Bayern hatten die Amerikaner das Glück, daß sich eine etwa fünfzehnköpfige, gut organisierte Gruppe liberaler Intellektueller, die sich TURICUM nannte und über glänzende Kontakte zum politischen und gesellschaftlichen München verfügte, jahrelang zu enger Zusammenarbeit bereitfand. Zwischen 1945 und 1949 erhielt die Militärregierung Tausende von Stimmungsberichten und politischen Analysen der T-Unit – so der englische Name der Organisation –, in

---

<sup>1</sup> Bericht von Oberst Irwin L. Hunt, Officer in Charge of Civil Affairs, Third Army and American Forces in Germany, vom 4. März 1920: American Military Government of Occupied Germany, 1918–1920, Washington 1943, S. 64.

<sup>2</sup> Robert G. Neumann, Political Intelligence and Its Relation to Military Government, in: Carl J. Friedrich (Hrsg.), American Experiences in Military Government in World War II, New York 1948, S. 76.

denen vom Anklang amerikanischer kulturpolitischer Initiativen bei der Bevölkerung bis zu Struktur und Zielsetzung katholischer Jugendorganisationen kaum ein Thema unerörtert blieb. Viele der Analysen waren allerdings kaum brauchbar. Sie enthielten Platitüden, mehr Vermutungen als Fakten, die Hintergrundinformationen schienen manchmal der Tagespresse zu entstammen<sup>3</sup>. Trotzdem erlahmte das Interesse der amerikanischen Militärregierung an der Berichterstattung der T-Unit während der gesamten Besatzungszeit nicht, weil TURICUM mit der Spreu immer auch Weizen lieferte. Im Herbst 1946 kam ein Mitarbeiter der Intelligence-Abteilung zu dem Urteil: „Die Organisation TURICUM, ein Ring von Geheiminformanten mit außerordentlich nützlichen verborgenen Drähten zu vielen hochgestellten deutschen Kreisen versorgt ICD (Information Control Division) mit einem beständigen Strom wesentlichen und bedeutsamen Nachrichtenmaterials. Keine der anderen Nachrichtenquellen, die wir haben, ist in der Lage, uns gleichwertige Dienste zu leisten“<sup>4</sup>.

Die Arbeit von TURICUM besaß für die Militärregierung hohen Wert vor allem deshalb, weil ein Mitglied dieser Gruppe die Amerikaner mit vertraulichen Informationen aus der CSU, der dominierenden Landespartei in Bayern, versorgen konnte. Die Besatzungsmacht saß gleichsam mit am Tisch, wenn sich die führenden Politiker der Partei in zwei regelmäßig tagenden internen Gesprächszirkeln trafen, um, vermeintlich unter sich, die politische Lage und die erbitterten innerparteilichen Kontroversen zu besprechen. Im Kreis um den Parteivorsitzenden Josef Müller (in den Berichten der T-Unit Ochsen-Club genannt) und im Dienstag-Club der jungen Generation der CSU wurde kein Blatt vor den Mund genommen und die sonst übliche Courtoisie gegenüber den Amerikanern abgelegt. Hier wurde analysiert, schwadroniert und über Politik in Bayern und Deutschland debattiert. Der Besatzungsmacht erschlossen sich dabei gleichermaßen Anatomie und Weltsicht der Christlich-Sozialen Union.

## Die Christlich-Soziale Union 1945–1949

Im Herbst 1945 fragten Mitarbeiter des amerikanischen Geheimdienstes OSS den designierten Vorsitzenden der CSU, Josef Müller<sup>5</sup>, wie er denn selbst die Aussichten

---

<sup>3</sup> Vgl. die Beschwerde der Intelligence Branch der Information Control Division (ICD) der amerikanischen Militärregierung für Bayern (OMGB) vom 16. Dezember 1947 über das „Gequassel“ in vielen TURICUM-Berichten, in: National Archives, Washington (NA), Record Group (RG) 260, 10/91–1/5.

<sup>4</sup> Internes Memorandum vom 14. September 1946, in: IfZ-Archiv, MA 1479/13.

<sup>5</sup> Josef Müller (1898–1979), Rechtsanwalt, Mitte der zwanziger Jahre Eintritt in die BVP, gehörte zum Freundeskreis des bayerischen Ministerpräsidenten Held, während des Zweiten Weltkrieges als Angehöriger der Abwehr Ausland unter Leitung von Admiral Canaris Verbindungsmann zwischen der militärischen Opposition und dem Heiligen Stuhl, von 1943 bis Mai 1945 in Gefängnissen und KZ's (Zu Müllers Widerstandstätigkeit vgl. besonders Harold C. Deutsch, Verschwörung gegen den Krieg, München 1969 und Müllers Memoiren, Bis zur letzten Konsequenz, München 1975). Nach 1945 Mitgründer der CSU, 1946–1949 Landesvorsitzender der CSU, 1946–1962 MdL in Bayern, 1947–1952 Justizminister und stellv. Ministerpräsident.

seines Planes, Protestanten und Katholiken in einer Partei zusammenzuführen, beurteile. Müller äußerte sich skeptisch. Er habe die Sorge, so der Bericht über das Gespräch, „die unterschiedlichen Einstellungen der beiden Gruppen würden sich wieder geltend machen, wenn die anfängliche Furcht vor der Linken nachlasse. Die katholischen Separatisten oder die protestantischen Nationalisten oder beide könnten dann von der Union abfallen“<sup>6</sup>.

Wie berechtigt seine Skepsis war, sollte sich schon wenige Monate später zeigen. Einstweilen sah es aber noch so aus, als bestünde kein Anlaß zur Sorge. Denn anders als nach Ende des Ersten Weltkrieges, als vielversprechende Ansätze, *eine christliche Partei der Sammlung* zu schaffen, die „die großen sozialen Aufgaben der Gegenwart meistern, die Trennung nach Klassen überwinden, die Stände und Konfessionen in aufbauender politischer Arbeit zusammenführen“<sup>7</sup> sollte, schon nach kurzer Zeit erfolglos abgebrochen wurden, entfaltete die Idee einer „christlich-interkonfessionellen Sammlungsbewegung und Massenpartei mit sozialevolutionären Impulsen“<sup>8</sup> nach dem Ende der NS-Herrschaft eine außerordentliche Attraktivität. Die Widerstände, die dem Sammlungsgedanken in der Weimarer Republik entgegengestanden hatten, schienen nach der Tragödie der ersten deutschen Republik weitgehend obsolet. Die heillose Zersplitterung der bürgerlichen Parteien und deren Unfähigkeit, zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen Brücken zu schlagen, hatten in den Augen vieler wesentlich zum Scheitern der Republik beigetragen. Auch die Erfahrung mit den antikirchlichen Maßnahmen und der antichristlichen Ideologie des NS-Regimes, die beide Konfessionen gleichermaßen bedroht hatten, erleichterte die Bildung einer „Einheitsfront aller christlichen Bekenntnisse“<sup>9</sup>. Die in bürgerlich-christlichen Kreisen nach 1945 virulente Furcht vor einem Linksrutsch schließlich tat ein übriges, Katholiken und Protestanten zusammenrücken zu lassen<sup>10</sup>. Darüber hinaus begünstigte die amerikanische Militärregierung die Realisierung der Idee einer bürgerlich-konservativen Sammlungspartei. Ihr hatte es die CSU vor allem zu verdanken, daß sie sich nicht mit zu vielen Konkurrenten auseinandersetzen mußte. Die Militärregierung schirmte nämlich das 1945/46 von ihr geschaffene Parteiensystem aus CSU, SPD, KPD, FDP und WAV gegen weitere Gründungsversuche ab<sup>11</sup>. So untersagte sie die

---

<sup>6</sup> Zit. nach Ulrich Borsdorf/Lutz Niethammer (Hrsg.), *Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945*, Wuppertal 1976, S.235.

<sup>7</sup> So der Aufruf der Zentrumspartei vom Juni 1922. Zit. nach Gerhard Schulz, *Die CDU – Merkmale ihres Aufbaus*, in: *Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953*, Stuttgart/Düsseldorf 1955, S. 9.

<sup>8</sup> Alf Mintzel, *Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945–1972*, Opladen 1975, S. 83.

<sup>9</sup> Richard Jaeger, *Auf dem Weg zur Demokratie. Gedanken zur bayerischen Selbstbesinnung*, in: *Privatbesitz Richard Jaeger und Nachlaß Karl Schwend*; Bayerische Staatsbibliothek München (siehe Anhang).

<sup>10</sup> Vgl. Wolf-Dieter Narr, *CDU – SPD. Programm und Praxis seit 1945*, Stuttgart/Berlin 1966, S.73–94; Schulz, *CDU*, S. 3–70; Borsdorf/Niethammer, *Befreiung*, S. 229 ff.

<sup>11</sup> Vgl. Hans Woller, *Die Loritz-Partei. Geschichte, Struktur und Politik der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV) 1945–1955*, Stuttgart 1982, S. 32 ff.

Bildung einer Flüchtlings- und Vertriebenenpartei, zögerte die Lizenzierung der Bayerpartei bis 1948 hinaus und verbot die Bayerische Heimat- und Königspartei. Dieser „Vorteil wird sich dahin auswirken“, so der Münchener Stadtpfarrer Emil Muhler<sup>12</sup>, der Vorsitzende des kulturpolitischen Ausschusses der CSU, im Mai 1946, „daß wir einen großen Prozentsatz unserer Wähler, die für die Königspartei gestimmt hätten, behalten werden. Unsere Hauptsorge, die Union zusammenhalten zu können, wird also wieder etwas kleiner sein“.

Die Gelegenheit schien so auch in Bayern günstig, zwei Schritte auf einmal zu wagen: die Überwindung der Spaltung des politischen Katholizismus in einen BVP- und einen Bauernbund-Flügel und den politischen Zusammenschluß von Katholiken und Protestanten. Es zeigte sich jedoch bald, daß die unterschiedlichen Milieus in den Traditionszonen Franken und Altbayern die Gleichschaltungs- und Einebnungsversuche während der NS-Zeit fast unbeschadet überstanden hatten und sich dem Sammlungsgedanken heftig widersetzen. Vor allem im katholischen Altbayern wollte man nach 1945 dort anknüpfen, wo man 1933 aufgehört hatte. Der Wunsch, die Bayerische Volkspartei<sup>13</sup> wieder ins Leben zu rufen, fand hier beinahe ungeteilten Beifall. Das Mißtrauen gegenüber dem Protestantismus war zwar geschwunden, und wie Josef Müller und Adam Stegerwald<sup>14</sup> wollten auch die BVP-Traditionalisten alles daran setzen, der neuen Christlich-Sozialen Union zum Ausbruch aus dem 30-Prozent-Turm zu verhelfen, der der BVP nur selten gelungen war. Die früheren BVP-Politiker Fritz Schäffer<sup>15</sup> und Alois Hundhammer<sup>16</sup> orientierten sich aber doch noch zu sehr an einem Bayernbild, in das Müllers Forderung, die CSU müsse den alten

---

<sup>12</sup> Emil Muhler (1892–1963), seit 1924 Stadtpfarrer in München, 1930–1933 im Münchener Stadtrat, KZ-Haft Dachau, Gründungsmitglied der CSU, deren Vorstand er später angehörte, ab 1946 Mitglied des Bayerischen Senats. Erklärung von Muhler in einem Bericht von TURICUM an ICD, 13. Mai 1946, in: NA, RG 260, 10/89–1/24. Zur Bayerischen Heimat- und Königspartei vgl. auch NA, RG 260, 10/89–1/13.

<sup>13</sup> Zur Bayerischen Volkspartei vgl. Klaus Schönhoven, *Der politische Katholizismus in Bayern unter der NS-Herrschaft 1933–1945*, in: Martin Broszat/Hartmut Mehringer (Hrsg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. V: Die Parteien KPD, SPD, BVP in Verfolgung und Widerstand, München/Wien 1983.

<sup>14</sup> Adam Stegerwald (1874–1945), Zentrumspolitiker, 1919–1929 Vors. des Gesamtverbands der christlichen Gewerkschaften, 1920–1933 MdR, 1929/30 Reichsverkehrsminister, 1930–1932 Reichsarbeitsminister, 1945 als Regierungspräsident von Unterfranken als Ministerpräsident von Bayern im Gespräch. Zu Stegerwald vgl. auch: Interview with Adam Stegerwald, Regierungspraesident of Mainfranken, 20. Juli 1945, in: NA, RG 226, XL 14824.

<sup>15</sup> Fritz Schäffer (1888–1967), Jurist, 1920–1933 MdL der BVP, 1929–1933 Vorsitzender der BVP, 1931–1933 mit der Führung des Finanzministeriums im Kabinett Held betraut, nach 1933 mehrmals in Haft bzw. im KZ, 1945 Mitgründer der CSU, von Mai bis September 1945 bayerischer Ministerpräsident, MdB von 1949–1961, 1949–1957 Finanzminister, 1957–1961 Justizminister.

<sup>16</sup> Alois Hundhammer (1900–1974), 1927 stell. Generalsekretär des Christlichen Bauernvereins, 1932/33 MdL der BVP, 1933 im KZ Dachau, 1945 Mitgründer der CSU, 1946 Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung, MdL in Bayern von 1946–1970, mehrere Ministerämter in der bayerischen Staatsregierung, 1951–1954 Präsident des Bayerischen Landtags, 1946–1970 Vorsitzender des Bezirksverbandes Oberbayern der CSU.

„Reichsvorbehalt der BVP“<sup>17</sup> überwinden und damit den vorwiegend reichstreu gesinnten Protestanten in Franken entgegenkommen, so gar nicht hineinpassen wollte. In ihren Augen hatte der Nationalsozialismus seine Wurzeln vor allem im preußischen Zentralismus und Militarismus. Deshalb könne das zukünftige Deutschland nur auf betont föderaler Basis aufgebaut werden. Ein starkes Bayern, das seinen in der Weimarer Zeit erlittenen Verlust an „Staatspersönlichkeit“<sup>18</sup> nach 1945 wettgemacht hatte, sollte darin eine führende Rolle spielen. „Der deutsche Süden soll die Führung übernehmen“, so Hundhammer, und „nicht noch einmal sich vom norddeutschen Osten den Weg vorschreiben lassen. Die große deutsche Vergangenheit liegt im Süden und im Westen und auch die deutsche Zukunft liegt in diesen Gauen“<sup>19</sup>. Eine „Politik der Öffnung nach Deutschland“<sup>20</sup>, wie sie Müller propagierte, war für die BVP-Traditionalisten so wenig diskutabel, wie es für die Anhänger Müllers die von Hundhammer proklamierte Politik der Festigung der bayerischen Eigenstaatlichkeit war<sup>21</sup>.

Nicht weniger Zündstoff als die Frage der Stellung Bayerns zu Deutschland bargen die unterschiedlichen Auffassungen über den Charakter der neuen Partei. Für Hundhammer und mehr noch für Schäffer war es ein naheliegender Gedanke, die CSU genauso wie die BVP als eine nur locker organisierte, von bodenständigen Honoratioren und kirchlichen Würdenträgern geführte Partei aufzubauen. Ebenso wie die BVP sollte sie gegenüber den christlichen Parteien in den anderen Teilen Deutschlands auf ihre Eigenständigkeit bedacht sein. Argwöhnisch gegenüber jeglicher Form von Zentralismus lehnten sie die Pläne Josef Müllers ab, der eine den Linksparteien ebenbürtige, schlagkräftige Massenpartei schaffen wollte, die er sich durchaus als bayerischen Landesverband einer „christlichen ‚Reichsunion‘“ vorstellen konnte<sup>22</sup>. Zugleich sollte die neue Partei Müllers in der Lage sein, ihre konfessionell, politisch und sozial heterogene Anhängerschaft im demokratischen Sinne zu erziehen und sie an die CSU zu binden. In der bayerischen Staatstradition nicht so verwurzelt wie seine Kontrahenten, warnte Müller vor den Konzepten der BVP-Traditionalisten, die das geeignete Instrument gesellschaftlich-politischer Integration und demokratischer Bewußtseinsbildung vor allem im bayerischen Staat und seiner Beamtenschaft erblickten<sup>23</sup>.

Vor dem Hintergrund so tiefgreifender Meinungsverschiedenheiten bildeten sich in der CSU zwei Lager heraus: der Hundhammer/Schäffer-Flügel mit seinem großen

---

<sup>17</sup> Mintzel, CSU, S. 87.

<sup>18</sup> Lutz Niethammer, Die amerikanische Besatzungsmacht zwischen Verwaltungstradition und politischen Parteien in Bayern 1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 15 (1967), S. 187.

<sup>19</sup> So Hundhammer in der Debatte um die Frage eines bayerischen Staatspräsidenten. Zit. nach Peter Jakob Kock, Bayerns Weg in die Bundesrepublik, Stuttgart 1983, S. 231.

<sup>20</sup> Mintzel, CSU, S. 86.

<sup>21</sup> Zu den politischen Auffassungen des Schäffer/Hundhammer-Flügels vgl. Walter Berberich, Die historische Entwicklung der Christlich-Sozialen Union in Bayern bis zum Eintritt in die Bundespolitik, Würzburg 1965, S. 60 ff.

<sup>22</sup> Mintzel, CSU, S. 251.

<sup>23</sup> Ebenda, S. 140 und 240.

Anhang im katholischen Altbayern und der Müller-Flügel, der sich auf „reichstreu“ fränkische Kräfte stützte. Durch die Bestimmungen der Parteisatzung erhielten diese allerdings „ein ihrer Mitglieder- und Wählerbasis unangemessenes innerparteiliches Gegengewicht zu den süd- und südost-bayerischen Parteiverbänden“<sup>24</sup> und konnten so Josef Müller das Amt des Parteivorsitzenden sichern. Zwischen diesen mehr und mehr erstarrenden Fronten bewegte sich eine Gruppe bäuerlicher Interessenvertreter um Josef Baumgartner, Michael Horlacher und Alois Schlögl<sup>25</sup>, die sich zwar wie Josef Müller einer Wiederbelebung der BVP-Tradition widersetzte, aber in der Frage der Stellung Bayerns zum Reich an der Seite Hundhammers und Schäffers stand. Der Bruderzwist der Christlich-Sozialen wurde mit scharfen Waffen ausgefochten, die Exponenten beider Flügel begegneten sich mit kaum verhohlener Feindschaft. Schäffer, vor 1933 Vorsitzender der BVP, fühlte sich von Müller um sein Erbe als Führer der christlichen Partei in Bayern gebracht. Außerdem sah er im CSU-Vorsitzenden den Verantwortlichen für die zwei schlimmsten Demütigungen seiner politischen Karriere: den Sturz als bayerischer Ministerpräsident im Herbst 1945<sup>26</sup> und das von der Besatzungsmacht verhängte politische Betätigungsverbot vom April 1946, das erst Anfang 1948 wieder aufgehoben wurde. Hundhammer ließ keine Gelegenheit aus, die Verdienste Müllers im Widerstand gegen das NS-Regime herabzusetzen oder in Zweifel zu ziehen. Im kleinen Kreis sprach er aus, was er von Müller hielt: „Ein Spion“<sup>27</sup>. Müller kam bei den Auseinandersetzungen mit seinen Widersachern die Erfahrung zugute, die er in der deutschen Abwehr unter Admiral Canaris erworben hatte. Parteiarbeit, so schien es wenigstens seinen Gegnern, verwechselte er nicht selten mit Geheimdiensttätigkeit. Der „Ochsensepp“ spielte gern mit verdeckten Kar-

---

<sup>24</sup> Ebenda, S. 87.

<sup>25</sup> Josef Baumgartner (1904–1964), Volkswirt, 1929–1933 stellv. Generalsekretär der Bayerischen Bauernvereine, 1945 Mitgründer der CSU, 1945–1948 bayerischer Landwirtschaftsminister, MdL in Bayern 1946–1954, 1948 Übertritt zur Bayernpartei, Vorsitzender der Bayernpartei 1948–1952 und 1953–1957, MdB 1949–1953, 1954–1957 stellv. Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister.

Michael Horlacher (1888–1957), 1920–1924 MdL der BVP, 1924–1933 MdR, 1944 KZ Dachau, 1945 Mitgründer der CSU, MdL in Bayern von 1946–1950, Präsident des Bayerischen Landtags, MdB von 1949–1957, 1948/49 stellv. Vorsitzender der CSU, seit 1948 mehrere Funktionen im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen.

Alois Schlögl (1893–1957), Journalist, 1932/33 MdL der BVP, während der NS-Zeit Wirtschafts- und Steuerberater, nach 1945 Mitgründer des Bayerischen Bauernverbandes, bis 1948 dessen Generalsekretär, 1948–1950 bayerischer Landwirtschaftsminister, MdL in Bayern 1946–1957.

<sup>26</sup> Den Vorwurf, Müller habe seinen Sturz herbeigeführt, erhob Schäffer bereits in einer internen Versammlung der CSU am 2. Oktober 1945, wie aus einem Bericht von OSS hervorgeht. „In making his charges, Schaeffer again claimed to be the leader of the Union, and this evoked a stormy protest from the left. A note on a motion to settle the question by at once electing the Party's leadership resulted in a 20–20 tie“. Field Intelligence Study: The Formation of the Hoegner Government in Bavaria, 12. Oktober 1945, in: NA, RG 226, OSS, FIS Nr. 30. Zu den Vorgängen beim Sturz Schäffers vgl. auch Niethammer, Besatzungsmacht, in: VfZ 15 (1967), S. 195–207.

<sup>27</sup> Delbert Clark, *Again the Goose Step*, Indianapolis/New York 1949, S. 110. Vgl. Lutz Niethammer, *Entnazifizierung in Bayern*, Frankfurt 1972, S. 223 f.

ten, schickte häufig Vertraute für sich ins Gefecht oder ließ seine ausgezeichneten Kontakte zur amerikanischen Militärregierung spielen. So galt er bald als raffinierter Taktiker, der schnell bereit war, die eigenen Prinzipien – so man ihm solche überhaupt zugestand – über Bord zu werfen, wenn es von Vorteil schien. Im Dienstag-Club vom 12. November 1946 klagte ein Mitglied: „Wenn man doch nur wüßte, wann Dr. Müller einmal die Wahrheit sagt.“

Den Höhepunkt erreichten die Richtungskämpfe in der CSU, als in der Verfassunggebenden Landesversammlung im September 1946 darüber zu entscheiden war, ob das Amt eines bayerischen Staatspräsidenten in der Verfassung verankert werden sollte<sup>28</sup>. Als mit den Stimmen des Müller-Flügels die von Hundhammer befürwortete Einrichtung dieses Amtes zum Zwecke der „Betonung der Selbständigkeit des Staates nach innen wie nach außen“ und als Gegengewicht zum „rein demokratischen und republikanischen Parteistaat“<sup>29</sup> abgelehnt wurde, war das für die BVP-Traditionalisten mehr als eine gewöhnliche Abstimmungsniederlage. Sie hatten ihr politisches Prestige für die Einrichtung des Amtes eines Staatspräsidenten verpfändet. Jetzt mußten sie sich das schmerzliche Eingeständnis machen, „daß ein wesentliches Element ihrer politischen Hoffnungen und ihrer politischen Vorstellungswelt in der gegebenen Parteienkonstellation nicht verwirklicht werden konnte“<sup>30</sup>. Der weiß-blaue Traum war ausgeträumt – und ausgerechnet der CSU-Vorsitzende und seine Anhänger hatten seine Erfüllung vereitelt.

Danach wurde die Einheit der CSU zwar noch oft beschworen, doch es gab sie längst nicht mehr. Die große Schar der BVP-Traditionalisten z. B. wartete nur noch auf ein Signal des zwar kaltgestellten, aber nur „scheintoten“<sup>31</sup> Fritz Schäffer, um eine katholisch-konservative Partei ins Leben zu rufen. Der Bauernflügel drohte einmal mehr mit der Gründung einer bayerischen Bauernpartei. Die Unzufriedenheit der evangelischen Gruppe in der CSU war ebenfalls nicht mehr zu übersehen. Ihr Sprecher August Haußleiter<sup>32</sup> hatte schon im Juli 1946 auf die Gefahr hingewiesen, daß der „zarte Keim ‚Union‘“ allzu früh zu ersticken drohe. Noch einige „Schritte weiter auf diesem Wege“, so warnte er, „und wir erleben das gleiche wie nach 1918, nämlich nach ersten schüchternen Versuchen der interkonfessionellen Zusammenarbeit die Rückbildung zur katholisch-konfessionellen Partei mit einigen Renommier-Protestanten, die sich

---

<sup>28</sup> Zu den Auseinandersetzungen um einen bayerischen Staatspräsidenten vgl. Berberich, *Historische Entwicklung der CSU*, S. 60 ff.

<sup>29</sup> Kock, *Bayerns Weg*, S. 227.

<sup>30</sup> Ilse Unger, *Die Bayernpartei. Geschichte und Struktur 1945–1957*, Stuttgart 1979, S. 23.

<sup>31</sup> So Franz Heubl im Dienstag-Club am 18. Juni 1946.

<sup>32</sup> August Haußleiter (1905), seit 1946 Mitglied der CSU und „rechte Hand“ Müllers, 1946 Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung, MdL in Bayern 1946–1949, 1948/49 stellv. Vorsitzender der CSU, 1949 Austritt aus der CSU und Gründung der „Deutschen Gemeinschaft“. Zu Haußleiter vgl. Richard Stöss, *Vom Nationalismus zum Umweltschutz. Die Deutsche Gemeinschaft/Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher im Parteiensystem der Bundesrepublik*, Opladen 1980.

in einer unmöglichen und lächerlichen Lage befinden“<sup>33</sup>. Nachdem in der Frage des Staatspräsidenten die Fraktionen innerhalb der CSU so hart aufeinandergeprallt waren, daß eine Beilegung des Konflikts nicht mehr vorstellbar schien, suchten die evangelischen CSU-Abgeordneten Rat beim Landesbischof Hans Meiser<sup>34</sup>. „Gewisse Kreise der Union, die der alten Bayerischen Volkspartei nahestanden, treiben nunmehr die Sache auf die Spitze“, steht in einem Aktenvermerk vom 19. September 1946 über die Unterredung zu lesen. „Sie hätten mit Spaltung und Neubildung einer eigenen Partei gedroht . . . Praktisch würde die Union von den alten Taktikern der BVP geführt . . . Müller, hauptsächlich von Franken gestützt“, so der Eindruck der evangelischen Abgeordneten, „sei parlamentarisch praktisch ausgeschaltet“. Meiser erkannte, wie kritisch die Lage war, versuchte aber, die Wogen zu glätten. Er betonte mit „großem Nachdruck, die Unzufriedenheit mit der CSU sei in evangelischen Kreisen groß . . . Wenn man den christlichen Namen zu Schanden bringe, müsse die Kirche darunter leiden“. Zugleich warnte er vor überstürzten Aktionen: „Eine Krise [müsse] nicht das Ende bedeuten . . . Die evang. Gruppe dürfe sich nicht aufspalten lassen. Im Falle eines Bruches würde die Sozialdemokratische Partei die stärkste Partei werden“<sup>35</sup>.

Unzufriedenheit mit der Partei hatte namentlich auch die jüngere Generation erfaßt. Gleichgültig, ob sie sich nun dem Müller- oder eher dem Schäffer/Hundhammer-Flügel zugehörig fühlten, viele junge Leute hatten sich 1945 der CSU nicht zuletzt in der Hoffnung angeschlossen, dort werde ein politischer Neuanfang gemacht, der vor allem solche im Dritten Reich pervertierten Werte wie Aufrichtigkeit, Geradlinigkeit und Gesinnungsfestigkeit wieder in ihr Recht einsetzen werde. „Erneuerung“ auf der Grundlage des „christlichen Sittengesetzes“ und eine „gänzliche Staats- und Gesellschaftsreform“ seien die Erfordernisse der Stunde, so hieß es etwa in der im Herbst 1945 entstandenen Programmschrift Richard Jaegers<sup>36</sup>, des ersten Vorsitzenden des Dienstag-Clubs. Die neue Partei hatte in den Augen der Jüngeren eine „einmalige Mission zu erfüllen“<sup>37</sup>.

---

<sup>33</sup> Haußleiter an Oberkirchenrat Schieder, Nürnberg, 10. Juli 1946: Die Evangelische Gruppe in der Union. Eine Analyse ihrer Stellung nach den Wahlen vom 30. Juni 1946, in: Landeskirchliches Archiv Nürnberg, Bestand: Kreisdekan Nürnberg, Nr. 36–510.

<sup>34</sup> Hans Meiser (1881–1956), 1933–1955 erster Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Bayern, 1949–1955 erster Leitender Bischof der Vereinigten Lutherischen Kirche Deutschlands.

<sup>35</sup> Aktenvermerk vom 19. September 1946, in: Landeskirchliches Archiv Nürnberg, Bestand: Evangelisch-Lutherischer Landeskirchenrat, XV 1565 a.

<sup>36</sup> Vgl. Anm. 9. Richard Jaeger (1913), Jurist, in den dreißiger Jahren zuerst im Kartellverband der katholischen Studenten-Vereine Deutschlands, dann im Hochschulring des Katholischen Jungmännerverbandes tätig, 1939–1945 Soldat, 1943 zum Amtsgerichtsrat in Weilheim ernannt, 1946 CSU-Mitglied, 1952–1981 Mitglied des Landesvorstandes der CSU, 1947/48 Regierungsrat und persönlicher Referent von Kultusminister Hundhammer, 1948 1. Bürgermeister, 1949 Oberbürgermeister von Eichstätt, MdB 1949–1980, 1965/66 Bundesminister der Justiz, 1953–1965 und 1967–1976 Vizepräsident des Deutschen Bundestages.

<sup>37</sup> So Franz Heubl im Dienstag-Club am 25. Juni 1946.

Dieser Kredit war bei der jungen Generation schnell verspielt. Die fortgesetzten Querelen erinnerten die jüngeren Mitglieder bald an die „Parteienwirtschaft“ der Weimarer Republik. „Nirgends sei Idealismus und Genialität zu finden“, so die Klage in der Sitzung des Dienstag-Clubs am 18. Juni 1946, überall stünden Taktik und persönlicher Ehrgeiz im Vordergrund. „Man könne ruhig sagen“, so faßte Richard Jaegers Nachfolger als Vorsitzender des Dienstag-Clubs, Josef Brunner<sup>38</sup>, den Befund im Oktober 1946 zusammen, „daß mindestens 80% der jungen Generation nicht nur gegen die Union, sondern überhaupt gegen die Parteien eingestellt sei. Und dies nicht nur aus dem natürlichen Gegensatz der Generationen folgend (auf der einen die Jungen, auf der anderen Seite die Alten, die jetzt wieder ihre alte Politik machen), sondern“, fuhr Brunner fort, „einfach, weil einmal die Jungen, die das Kriegserlebnis und den Zusammenbruch hinter sich haben, die Politik der Alten, die nichts Neues zu bringen hätten, nicht mehr verstünden, und weil sie besonders zu den Praktiken der jetzigen Parteien kein Vertrauen hätten“<sup>39</sup>.

Aber unerfreuliche Streitereien und „alte Politik“ waren es nicht allein, die den Unmut der Jüngeren erregten. Immer wieder waren auch „scharfe Worte der Kritik an der Untätigkeit in der Führung der Union“ zu hören<sup>40</sup>. Der CSU-Nachwuchs von 1945 hatte in der Endphase der Weimarer Republik und dann im Dritten Reich große, straff organisierte Parteien der Rechten und Linken erlebt, die es an Aktivismus gewiß nicht hatten fehlen lassen. Ungeachtet der ideologischen Distanz zu diesen Parteien, hatte ihnen deren massenwirksame Dynamik gleichwohl Eindruck gemacht und prägte ihre Vorstellung von einer neuen Partei, die „bis in die letzte Landgemeinde“<sup>41</sup> hinein organisiert sein sollte. Der mangelnde Schwung der neu gegründeten CSU wirkte so auf viele entmutigend. „Man muß sich bald schämen, vor die Anhänger der Union zu treten“, so Franz Heubl<sup>42</sup>. „Immer redet man von christlich und sozial und bayerisch . . . Und geschehen tut nichts“<sup>43</sup>. Die Organisation der Wahlkämpfe war mehr als dürftig. „In manchen Bezirken Bayerns“, so führte ein Teilnehmer im Ochsen-Club am 3. Juli 1946 aus, „kamen die Wahlplakate aus München erst zwei, drei Tage vor der Wahl, zum Teil erst am Samstag an und liegen, ohne angeklebt wor-

---

<sup>38</sup> Josef Brunner (1903–1982), bis 1929 Bankkaufmann in München, danach Studium der Wirtschaftswissenschaften in Berlin, ab 1930 dort Vorsitzender des Ortsverbandes Deutscher Zentrumsstudenten, 1933 im Generalsekretariat der Zentrumspartei als Referent für hochschulpolitische und studentische Fragen, Gründungsmitglied der CSU, 1946–1948 Vorsitzender des Dienstag-Clubs, übte als Nachfolger von Franz Josef Strauß 1952–1954 das Amt des Generalsekretärs der CSU aus.

<sup>39</sup> Dienstag-Club am 29. Oktober 1946. Vgl. auch die Ausführungen von Richard Jaeger auf der Politischen Tagung der Katholischen Jungen Mannschaft in München am 20. März 1948, in: NA, RG 260, 10/90–3/2.

<sup>40</sup> Ochsen-Club am 19. Juni 1946.

<sup>41</sup> Richard Jaeger, Auf dem Weg zur Demokratie (siehe Anhang).

<sup>42</sup> Franz Heubl (1924), Jurist, Gründungsmitglied der CSU, 1952–1955 Stadtrat in München, seit 1953 MdL in Bayern, 1958–1962 Vorsitzender der CSU-Fraktion im Landtag, 1962–1978 Staatsminister für Bundesangelegenheiten, seit 1970 stellv. CSU-Vorsitzender, seit 1978 Präsident des Bayerischen Landtags.

<sup>43</sup> Dienstag-Club am 18. Juni 1946.

den zu sein, heute in Stapeln herum.“ Auch der Mangel der Partei an programmatischem Profil wurde von den jungen Mitgliedern schmerzlich empfunden. Das sei „nachgerade ein Skandal“, so einer der Jungen im Dienstag-Club. Man frage sich, ob die „Programmlosigkeit nicht beinahe an Betrug den Wählern gegenüber“<sup>44</sup> grenze. Die dürre Zehn-Punkte-Erklärung<sup>45</sup> der CSU vom 31. Dezember 1945 konnte den Jüngeren, die nach Orientierung suchten, kaum genügen. Die Erklärung war nach der Devise Josef Müllers konzipiert worden, wonach „eine große Partei . . . am besten dadurch gebildet werden“ könne, „daß das Programm wenig konkrete Aussagen enthalte“. Zunächst „solle die Partei aufgebaut werden“, so Müller 1945 weiter, „in einem oder in zwei Jahren könne man sich dann um das Programm prügeln“<sup>46</sup>.

Männer wie Schäffer, Hundhammer, Pfeiffer<sup>47</sup>, Horlacher oder Müller galten den Jungen zudem als „belastet“, weil sie schon vor 1933 führende Positionen in der BVP oder der Regierung innegehabt hatten. Hatten sie nicht allesamt versagt? Richard Jaeger formulierte diese Ressentiments am klarsten: „Es wäre für uns alle das Beste, wenn diese ‚alten‘ Männer von 1933, die mit dem Ermächtigungsgesetz belastet sind, endlich einmal in der Union verschwinden würden . . . Tatsache sei, daß diese Männer gegen den Nationalsozialismus gewählt worden seien und dann für den Nationalsozialismus gestimmt hätten! Diese Schuld könne ihnen niemand abnehmen!“<sup>48</sup> Die CSU war noch gar nicht in der Regierungsverantwortung, da schien sie bei der jungen Generation schon durchgefallen. Die tiefe Enttäuschung führte zuweilen zu vehementen Ausbrüchen. Die Union ist ein „Sauhaufen“, so hieß es, Josef Müller wurde vom jungen Franz Heubl als „typische Schieberfigur“ charakterisiert, Horlacher als „Klotz“ und „Saubauer“<sup>49</sup>.

Angesichts der heftigen innerparteilichen Kämpfe rechneten die meisten politischen Beobachter damit, daß die CSU über kurz oder lang zerbrechen werde. Sie sollten nicht Recht bekommen. Denn ausgerechnet die amerikanische Militärregierung, die mit dem Ministerpräsidenten Fritz Schäffer so unsanft verfahren war, erwies sich in den turbulenten Gründerjahren der CSU als wichtigster Stabilisierungsfaktor. Die Militärregierung war sehr darauf bedacht, nach 1945 Tendenzen zur erneuten Zersplitterung der Parteienlandschaft schon im Keim zu ersticken. Sie forderte deshalb im Herbst 1946 alle im Laufe des Jahres entstandenen Gruppierungen auf Orts-, Kreis- und Bezirksebene, die zwar den Namen einer der fünf lizenzierten Landespar-

---

<sup>44</sup> Dienstag-Club am 4. Juni 1946 (Dok. Nr. 8).

<sup>45</sup> Die Zehn Punkte der Christlich-Sozialen Union vom 31. Dezember 1945, in: Berberich, Historische Entwicklung der CSU, S. 172 f. Zu den Zehn Punkten vgl. auch Alf Mintzel, Geschichte der CSU. Ein Überblick, Opladen 1977, S. 205 ff. Dem Programmdefizit der CSU wurde Ende 1946 mit der Verabschiedung eines Grundsatz-Programms abgeholfen. Vgl. ebenda, S. 209–223.

<sup>46</sup> Borsdorf/Niethammer, Befreiung, S. 234 f.

<sup>47</sup> Anton Pfeiffer (1888–1957), Lehrer, 1928–1933 Generalsekretär der BVP und MdL in Bayern, 1945 Mitgründer der CSU und in mehreren Funktionen in der bayerischen Staatsregierung tätig, MdL in Bayern 1946–1950, 1948/49 als Mitglied des Parlamentarischen Rates maßgeblich an der Ausarbeitung des Grundgesetzes beteiligt, 1949–1954 im diplomatischen Dienst.

<sup>48</sup> Dienstag-Club am 12. November 1946.

<sup>49</sup> Dienstag-Club am 2. April 1946.

teien trugen, diesen aber organisatorisch nicht angehörten, ultimativ auf, sich den Landesverbänden anzuschließen<sup>50</sup>. Parteigruppierungen, die damit zögerten, wurde von der Militärregierung u. a. mit Entzug der Teilnahmeberechtigung an den Wahlen gedroht. Ohne diesen heilsamen Zwang zur Einigung, so Alf Mintzel, wäre „die CSU vielleicht wegen der Flügel- und Führungskämpfe als geschlossener Landesverband gar nicht mehr entstanden“<sup>51</sup>. Letztlich scheuten die dem Hundhammer-Flügel zugehörigen Kreis- und Bezirksverbände, die den Anschluß an den Landesverband lange hinausgezögert hatten, dann doch vor einem Sprung ins Ungewisse zurück.

Die amerikanischen Geburtshelferdienste änderten wenig an der zwiespältig-mißtrauischen Haltung, mit der die meisten Spitzenpolitiker der CSU der Besatzungsmacht begegneten. Lediglich Josef Müller verkehrte häufig bei der Militärregierung in der Tegernseer Landstraße. Er hockte dort mit den Amerikanern zusammen, wie es seine Widersacher nannten, die meist nicht über die Gewandtheit des Ochsen sepp verfügten oder die über jeden Verdacht der Liebedienerei erhaben bleiben wollten. Hundhammer, Schäffer und Horlacher fehlte deshalb der oftmals nützliche gute Draht zur Besatzungsmacht. Deren Mentalität und politische Vorstellungswelt blieben ihnen fremd. Zwar sahen Politiker vom Schlage Hundhammers in der Besatzungsmacht den Garanten gegen das „Vordringen des russischen Neuheidentums“<sup>52</sup>, zugleich waren sie aber davon überzeugt, die Militärregierung favorisiere die Sozialdemokratie und lasse nichts unversucht, die CSU als „Hort für viele reaktionäre Elemente“<sup>53</sup> abzustempeln und zu benachteiligen. Zeitweise bestand in der Union sogar die ernste Befürchtung, die Militärregierung werde die Partei wegen ihrer wenig entschlossenen Haltung in der Frage der Entnazifizierung und wegen des hohen Prozentsatzes ehemaliger NSDAP-Mitglieder, die sich der CSU angeschlossen hatten<sup>54</sup>, ganz verbieten. Seit die Militärregierung im Frühjahr 1946 der Königspartei – an der viele Monarchisten in der CSU nichts Unrechtes finden konnten – jegliche politische Betätigung untersagt hatte, traute man den Amerikanern alles zu. Stadtpfarrer Muhler klagte: „Niemand weiß bald mehr, was er noch alles tun und sagen darf, ob er es den Amerikanern recht macht, wie er es macht; oder ob nicht auch er eines Tages aufwacht und verboten ist!“<sup>55</sup>

Nach der Ausschaltung Fritz Schäffers und dem zeitweiligen Verbot zweier CSU-Kreisverbände im Sommer<sup>56</sup> wuchs die Ungewißheit über den nächsten Schritt der

---

<sup>50</sup> Vgl. Woller, WAV, S. 20f.

<sup>51</sup> Mintzel, CSU, S. 122.

<sup>52</sup> So Hundhammer im Dienstag-Club am 30. April 1946.

<sup>53</sup> Ochsen-Club am 5. Juni 1946.

<sup>54</sup> In einem Wochenbericht der Intelligence Division der amerikanischen Militärregierung in Bayern vom 30. August 1946, der z. T. auf Briefzensur beruhte, heißt es: „Briefe aus kleineren Gemeinden scheinen anzudeuten, daß die CSU den früheren Pg's sehr häufig Hilfe und Beistand leistet. In mehreren Briefen wird die CSU deshalb CNSU genannt, d. h. Christlich Nationalsozialistische Union.“ In: NA, RG 260, 10/85–3/1.

<sup>55</sup> TURICUM an ICD, 13. Mai 1946, in: Ebenda, 10/89–1/24.

<sup>56</sup> Vgl. dazu Ochsen-Club am 26. Juni 1946 und Dienstag-Club am 4. Juni 1946 (Dok. 9).

Militärregierung ebenso wie die Unsicherheit im Umgang mit ihr. Anschaulich beschrieb Hans Weiß<sup>57</sup> dies im Herbst 1946 im Dienstag-Club: „An einem Tage kriegst du eine von links übers Ohr, daß du bis in den Keller fällst, nach einigen Wochen oder Monaten packen sie dich am Kragen und stellen dich wieder auf die Beine. Aber du weißt nie, ob du in ein paar weiteren Tagen nicht wieder eine über die Ohren kriegst!“<sup>58</sup> Die Beziehungen zur Besatzungsmacht entspannten sich erst, als die Amerikaner ab 1947/48 ihre Rolle als Schutzmacht des Westens energisch wahrzunehmen begannen, und als sich zeigte, daß die Sozialisierungswünsche der Linksparteien nicht in ihrem Sinne waren.

Trotz der mit unverminderter Schärfe anhaltenden Richtungskämpfe mit all der Begleitmusik in der Presse errang die CSU in der Wahl zum Bayerischen Landtag am 1. Dezember 1946 einen überwältigenden Erfolg. Sie erreichte beinahe zwei Drittel der Mandate – eine komfortable Mehrheit für eine Alleinregierung. Doch die Gräben zwischen den Flügeln der Partei waren zu tief, als daß man sich auf einen gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten hätte einigen können. Josef Müller, der noch wenige Tage vor der Wahl mit großer Mehrheit als Landesvorsitzender bestätigt worden war, erhielt, als er sich um das höchste bayerische Regierungsamt bewarb, die Quittung für sein Verhalten in der Frage des Staatspräsidenten. Die mehrheitlich zum Schäffer/Hundhammer-Flügel gehörende CSU-Fraktion versagte ihm die Unterstützung<sup>59</sup>, Müller fiel durch. In die neue Regierung, die nun der konservative Flügel der CSU zusammen mit SPD und WAV unter der Führung von Hans Ehard<sup>60</sup> bildeten, wurden überdies nur zwei Anhänger des Ochsensepp als Staatssekretäre aufgenommen. Ein innerparteilicher Ausgleich schien sich Mitte 1947 anzubahnen, als die beiden Koalitionspartner SPD und WAV aus der Regierung ausschieden und die CSU gezwungen war, sich auf ihre eigenen Kräfte zu besinnen. Eine Fortsetzung der Auseinandersetzungen mußte die Regierungsverantwortung kosten. Die Hauptkontrahenten Josef Müller und Alois Hundhammer saßen nun am Kabinetts-tisch und beide hatten die Politik der Regierung Ehard zu vertreten. Die CSU stand vor einer neuen Lage: Der Partei eröffnete sich die Chance, eine durch „weitgehende Verantwortungslosigkeit der Unionsleute“<sup>61</sup> geprägte Zeit ideologisch-taktischer Ge-

---

<sup>57</sup> Hans Weiß (1919), Jurist, seit 1952 Oberbürgermeister von Bad Kissingen, 1966–1970 MdL der CSU in Bayern, seit 1972 Mitglied, ab 1982 Präsident des Bayerischen Senats.

<sup>58</sup> Dienstag-Club am 3. September 1946.

<sup>59</sup> Die Mehrheitsverhältnisse in der Fraktion spiegelten deutlich wider, daß das Ziel Müllers, eine christlich-interkonfessionelle Massenpartei zu schaffen, noch keineswegs erreicht war. Die CSU war 1946 die „Partei des einheimischen *katholischen Besitzbürgertums* . . . Trotz gezielter Bemühungen hatte sie in den industrialisierten und urbanen Gebieten Bayerns nur wenig Terrain gewinnen können“. Mintzel, CSU, S. 224. Ihre Hochburgen lagen bei der Landtagswahl 1946 in der Oberpfalz, in Niederbayern und im katholischen Unterfranken, wo sie zwischen 60,9 und 64,5% der Stimmen erreichte. In Mittelfranken erzielte sie dagegen mit 38,7% ein schwächeres Ergebnis.

<sup>60</sup> Hans Ehard (1887–1980), 1924 Anklagevertreter im Hitler-Prozeß, vor 1933 Mitglied der BVP, 1945/46 Staatssekretär im bayerischen Justizministerium, 1946–1954 und 1960–1962 bayerischer Ministerpräsident, danach bis 1966 Justizminister, 1949–1955 Vorsitzender der CSU.

<sup>61</sup> So Willi Anker Müller im Dienstag-Club am 24. Juni 1947.

fechte hinter sich zu lassen und sich in gemeinsamer Regierungsarbeit zu finden<sup>62</sup>. Zeitweilig schien es so, als nutze die Partei diese Chance. „Der Austritt der SPD aus der Koalition hat zu einer Vertagung der inneren Auseinandersetzung geführt“, so beschrieb ein TURICUM-Bericht vom 1. November 1947 die Lage der Union. „Die Entwicklung ist aber einen Schritt weitergegangen. Man gewinnt nämlich immer mehr den Eindruck, daß aus dieser Vertagung wenigstens teilweise ein besseres Einvernehmen und die Einsicht erwachsen sind, daß man sich mit dem Zank nur ins eigene Fleisch geschnitten hat . . . Die Ehrgeize einer ganzen Reihe von Persönlichkeiten, die bisher Unruheherde in der Partei bildeten, sind momentan befriedigt . . . Die ganze Partei macht den Eindruck, als ob sie sich zu einer Art Winterschlaf zusammengerollt hat. Jeder anderen Partei würde das schlecht bekommen. Der Union bekommt das in ihrer inneren Struktur bestimmt gut. War doch die ‚Königlich-Bayerische Bierruhe‘ von jeher ihr eigentliches Programm“<sup>63</sup>.

Auch dieser Winterschlaf währte nur bis zum Frühjahr. Die CSU Alois Hundhammers und Josef Müllers stand als Regierungspartei vor der Aufgabe, das Flüchtlingsproblem zu lösen und – auch im Zusammenhang hiermit – die Industrialisierung Bayerns zu forcieren. Dabei geriet sie unweigerlich in Konflikt mit ihrer katholisch-konservativen Anhängerschaft in Besitzbürgertum, Handwerk und Landwirtschaft. Auch konnte sich die CSU der zonalen und überzonalen Zusammenarbeit nicht entziehen und mußte allmählich von ihren Eigenständigkeitsträumen Abschied nehmen. Wie sehr sie damit in Gegensatz zu ihrer altbayerischen Anhängerschaft geriet, unterstrich deren Sprecher Carl Lacherbauer<sup>64</sup> im Dienstag-Club am 25. März 1947, als er das bizonale Verwaltungsamt für Wirtschaft in Minden unter der Leitung des Sozialdemokraten Viktor Agartz<sup>65</sup> aufs Korn nahm: „Und wenn irgendwo in einem bayerischen Winkel ein Bäuerlein von seiner Mistlachengrube ein Abwasser in einen Bach leiten will, so hat darüber in Zukunft Herr Dr. Agartz zu entscheiden! . . . Wir haben erlebt, was uns der Zentralismus seit Bismarcks Reichsgründung gebracht hat, wir wollen es nicht ein zweites oder drittes Mal erleben! Aber was sich da in Minden angebahnt hat . . . das ist schon jetzt mehr als Zentralismus, das ist Suprazentralismus.“

---

<sup>62</sup> Ministerpräsident Ehard rief seine Parteifreunde in einer Fraktionssitzung am 18. September 1947 eigens dazu auf, die alten Streitigkeiten zu begraben und endlich verantwortlich zu handeln. Er wußte aber, wie labil das innere Gleichgewicht der CSU war: „Auch ich bin mir im klaren, daß ich durch irgendwelche Intrigen vielleicht in 3 oder 6 Monaten zurücktreten muß, aber angesichts der großen Notlage sollten doch alle persönlichen Angelegenheiten in den Hintergrund treten.“ Bericht über die Fraktionssitzung, in: NA, RG 260, 10/91–1/4.

<sup>63</sup> TURICUM an ICD, 1. November 1947, in: Ebenda, 10/91–1/5.

<sup>64</sup> Carl Lacherbauer (1902), Jurist, ab Dezember 1945 rechtskundiger Bürgermeister der Stadt München, Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung, MdL der CSU in Bayern 1946–1958, 1947/48 Staatssekretär im bayerischen Justizministerium, 1953 Übertritt zur Bayernpartei.

<sup>65</sup> Viktor Agartz (1897–1964), SPD-Mitglied und Gewerkschafter, 1946 Leiter des Zentralamtes für Wirtschaft in der britischen Zone, 1947 Vorsitzender des Verwaltungsrats für Wirtschaft in Minden, 1947 MdL in Nordrhein-Westfalen, wegen seiner marxistischen Einstellung scharfe Konflikte mit SPD und DGB, 1958 Ausschluß aus SPD, 1959 aus der IG Druck und Papier.

1947 war die CSU in einer Sackgasse angekommen. Von den heimatverbundenen Kreisen wurde sie als Verräterin einheimischer Interessen und bayerischer Tradition gebrandmarkt, die fränkisch-reichstreuen Kräfte kreideten ihr an, in der Fixierung auf bayerische Sonderinteressen nationale deutsche Belange zu vernachlässigen; die Flüchtlinge wiederum fanden ihre Interessen von der CSU zu wenig berücksichtigt. Die Konflikte wurden noch verschärft, als Fritz Schäffer die politische Bühne wieder betrat und den alten Kampf mit Josef Müller aufnahm, den Hundhammer nach Ansicht vieler Traditionalisten nicht entschlossen und gewandt genug geführt hatte. Klare Verhältnisse in der CSU schaffen, so lautete Schäffers Devise<sup>66</sup>. Das aber bedeutete nichts anderes, als den interkonfessionellen Gründungsgedanken in den Hintergrund zu rücken, dabei die „Preisgabe der fränkisch-protestantischen Wählerschaft“<sup>67</sup> zu riskieren und sich auf eine Politik der Sammlung des von der Spaltung bedrohten katholischen Lagers zu besinnen. Denn seit der Zulassung der Bayernpartei als Landespartei im Frühjahr 1948 liefen der CSU die Mitglieder und vor allem die Wähler aus den bäuerlichen und bürgerlichen Schichten Altbayerns in Scharen davon. Bei der Bundestagswahl von 1949 war ihre imponierende absolute Mehrheit aus dem Jahr 1946 bereits auf weniger als 30 Prozent der Stimmen zusammengesmolzen. Die CSU schien allein noch zwischen Auszehrung und Zusammenbruch wählen zu können, während die Bayernpartei, die mit dem ehemaligen CSU-Minister Josef Baumgartner ein populäres Zugpferd gewonnen hatte, alles um sich sammelte, „was vom bayerischen Standpunkt aus unzufrieden ist mit den heutigen Verhältnissen“, und das „sind gar viele“, so schrieb die Süddeutsche Zeitung am 17. Februar 1948: „Die Gefolgschaft stellen nicht nur die Bauern, sondern alle jene, die da fälschlicherweise meinen, daß Bayern als eigener Staat besser fahren würde; dann jene, die man mit dem Hinweis gewinnt, daß die Verhältnisse besser waren, als Bayern noch einen König hatte, und schließlich die große Zahl derer, die von der Doppelzone und ihrer Verwaltung in Frankfurt und noch viel weniger etwas von Berlin wissen wollen.“ Wollte die CSU ihr Kernland Altbayern nicht verlieren, so mußte sie auf den von Schäffer geforderten Kurs gehen, zumal dieser seine Forderung mit der Drohung unterstrich, er werde sonst mit dem hinter ihm stehenden beträchtlichen Teil der CSU zur Bayernpartei überwechseln<sup>68</sup>. Diese Wendung der CSU ließ es der evangelischen Kirche in Bayern, die bis dahin durchaus loyal zur CSU gestanden hatte, im Frühjahr 1948 angeraten erscheinen, mit der SPD Fühlung aufzunehmen. Sie wollte prüfen, „wie weit wir auf beiden Seiten ähnliche Wege gehen, was wir voneinander erwarten dürfen und was nicht“<sup>69</sup>.

Die Zeit für eine interkonfessionelle Sammlungspartei, wie sie Josef Müller anstrebte,

---

<sup>66</sup> Mintzel, CSU, S. 225 ff.

<sup>67</sup> Ebenda, S. 227.

<sup>68</sup> Ebenda, S. 228.

<sup>69</sup> So Kirchenrat Mathäus Simon in einem Gespräch mit Vertretern der bayerischen SPD am 31. März 1948 in Fürth. Eine weitere Besprechung fand am 11. Oktober 1948 in Nürnberg statt. Protokolle der Besprechungen in: Landeskirchliches Archiv Nürnberg, Bestand: Evangelisch-Lutherischer Landeskirchenrat, XV 1565 a.